

# Mein Bibelwort zur Corona-Schlagzeile

NZZ am 27.04.20 – 1. Chronik 22,13c:

«Sei stark und mutig, hab keine Angst und lass dich nicht einschüchtern!»

Wirtschaftspolitik: In der Unsicherheit braucht es schrittweises Vorgehen statt blinden Aktivismus Seite 8

# Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Montag, 27. April 2020 · Nr. 97 · 241. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 4.90 · € 4.90



In der Corona-Krise bleiben viele Flugzeuge am Boden.

ENNO LEANDI / EPSTEIN

## Airlines erhalten Milliardenhilfe

Das staatliche Notfallpaket für Lufthansa rückt näher – das hat Folgen für die Schweiz

WERNER ENZ

Europas Luftfahrt ist im Mark getroffen, denn mit Ausnahme von einigen Flügen zur Reparatierung von Staatsangehörigen und von Frachtflügen läuft nicht mehr viel. Hinter den Kulissen ringen die Regierungen und Manager um Lösungen. Lufthansa und Air France-KLM, die beiden grössten europäischen Fluggesellschaften mit internationalem Streckennetz, haben mehrmals auf ihre Liquiditätsnot hingewiesen. Pro Tag fließen bei beiden Unternehmen je etwa 25 Millionen Euro ab, denn vielen laufenden Angabeposten steht fast kein Ertrag mehr gegenüber.

Die USA haben schon vergangene Woche mit einem detaillierten Plan aufgezeigt, wie sie den führenden Airlines, etwa zehn an der Zahl, mit insgesamt 25 Milliarden Dollar unter die Arme greifen werden. American, Delta und United erhalten jeweils mindestens 5 Milliarden Dollar, teils als direkte Finanzzuschüsse, teils als Kredite.

### Frankreich stellt Bedingungen

In Europa zeigen sich die Franzosen mit «ihren» Air France, die für Wirtschaftsminister Bruno Le Maire ein nationales Anhängerschild, ebenfalls grosszügig. Schon Anfang Mai sollen 4 Milliarden Euro als Bankkredite über ein Jahr und weitere 3 Milliarden als Aktionärsdarlehen über vier Jahre genehmigt werden. Auch wenn Le Maire sagt, dass eine Verstaatlichung nicht zur Debatte steht, wird der Einfluss des Staats zwangsläufig grösser.

Das Geschäft für Air France ist noch nicht in trockenen Tüchern, denn am schon vor sechzehn Jahren zusammengebrochenen Konzern Air France-KLM ist Europa Frankreich auch der niederländische Staat mit 14,3 Prozent beteiligt. Über die Bereitschaft der Niederländer, «ihren» KLM zu helfen, wird

noch spekuliert, wobei von Beiträgen zwischen 2 und 4 Milliarden Euro die Rede ist. Weil die KLM im Vergleich mit Air France profitabler unterwegs war, werden die Auflagen für Staatskredite vermutlich um einiges härter ausfallen.

Aber auch Frankreich ist nicht bereit, Air France Gelder à fonds perdu zur Verfügung zu stellen. Die Vergabe des Aktionärsdarlehens ist vor allem an eine Redimensionierung des verlustreichen Inlandgeschäfts geknüpft. Das wird ohne Stellenabbau nicht möglich sein, wobei die Proteste der Gelbwesten zur Genüge gezeigt haben, wie schwierig es ist, eine solche Massnahme gegen den Widerstand der Gewerkschaften durchzusetzen.

Innerhalb hat Paris den Grundsatzentscheid für die staatliche Hilfestellung rasch gefällt. Weniger Beachtung hat gefunden, dass die mehrheitlich vom Staat kontrollierte Finanz schon einen Kredit über 600 Millionen Euro erhalten hat. Auch die skandinavische SAS wird staatlich gestützt, die seit annähernd drei Jahren unter staatlicher Zwangsverwaltung stehende Alitalia ohnehin. Hier tritt ein problematischer Aspekt der Staatshilfen in Corona-Zeiten zutage: Die Gefahr ist gross, auch in normalen Zeiten nicht überlebensfähige Fluggesellschaften mit Steuergeldern ohne Konzept über die Kunden zu bringen. Die EU-Kommission, die für faire Wettbewerbsregeln sorgen sollte, fällt durch Passivität auf.

Obschon Lufthansa, ganz im Gegensatz zu Alitalia, über ein erprobtes Geschäftsmodell verfügt und über die Jahre auch Gewinne erzielte, ist wegen der Corona-bedingten Stilllegung der Flotte die Notlage offensichtlich. Am vergangenen Freitag stürzte der Aktienkurs um 8 Prozent auf ein Jahrestief. Es hat aufgeschreckt, dass der mehr als 130 000 Mitarbeiter beschäftigende Konzern nicht mehr damit rechnet, den Kapitalbedarf mit weiteren Mittelmaßnahmen am Markt decken zu können.

Hinter den Kulissen wird seit Wochen über die Modalitäten für Staatshilfe geübt, wobei es nach unbestätigten Gerüchten um einen Betrag von 9 bis 10 Milliarden Euro gehen soll. Abgesehen von Meinungsverschiedenheiten in der grossen Koalition wirkt erschwerend, dass sich Lufthansa auch Finanzhilfen aus den Ländern ihrer Tochtergesellschaften, also der Schweiz für Swiss, aus Österreich für Austrian und aus Belgien für Brussels verspricht. Der österreichische Finanzminister Gernot Blümel bestritt am Sonntag, dass ein gemeinsames Vorgehen geprüft werde. Fliese österreichisches Steuergeld, würden Gegenleistungen, etwa zur Standort-sicherung, erwartet.

### Staatliche Beteiligung?

Eine von mehreren offenen Fragen ist, ob Deutschland sich an Lufthansa als Aktionär beteiligen wird. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich fordert dies. Lufthansa-Konzernchef Carsten Spohr und seine Führungsmannschaft möchten die staatliche Einflussnahme gering halten und nicht über eine «stille Beteiligung» hinausgehen. Es wird an Kanzlerin Angela Merkel liegen, einer Lösung zum Durchbruch zu verhelfen. Unabhängig davon hat die Lufthansa schon einen Kapazitätsabbau in die Wege geleitet; die Marke Germanwings wird aufgegeben, und es ist in Frankfurt die Rede davon, den Neustart nach der Corona-Krise mit etwa 650 statt mit den bisherigen 763 Flugzeugen aufzunehmen.

Das wird auch an der Schweiz nicht spurlos vorbeigehen. Der Bundesrat hat bis Ende Monat ein Konzept in Aussicht gestellt, nach dem Staatshilfe auch für die Lufthansa-Tochter Edelweiss, Easy Jet Switzerland sowie flughabe Dienstleister wie Swissport in Aussicht gestellt worden ist.

Wirtschaft, Seite 15

## Die Angst vor einer zweiten Welle steigt

Forscher sehen wenig Spielraum für Lockerungen

Die Zahl der Neuinfektionen mit dem Coronavirus geht in vielen Ländern zurück. Die Aufhebung von Beschränkungen könnte aber zu einem erneuten, womöglich schlimmeren Anstieg führen.

STEPHANIE LAHRTZ

Angesichts der zunehmenden Lockerungen der Corona-Massnahmen nimmt unter Wissenschaftlern die Diskussion über eine zweite Welle an Fahrt auf. Diverse Modellrechnungen von Teams aus den USA, Grossbritannien oder Deutschland zeigen, dass bei einer weitgehenden Aufhebung der Social-Distancing-Massnahmen die Sars-CoV-2-Infektionen innert Wochen bis Monaten wieder deutlich ansteigen werden und erneut eine Überlastung des Gesundheitssystems droht. Sie weisen während darauf hin, dass der Spielraum für Lockerungen momentan äusserst gering sei. Denn trotz Ausgangsbeschränkungen und Kontaktsperrungen gibt es weiterhin Infektionen.

### Lokale Cluster

Die zweite Welle könnte sogar weitaus schlimmer ausfallen, gab kürzlich Christian Drost, Virologe an der Charité Berlin, zu bedenken. Denn bisher war die Sars-CoV-2-Pandemie vor allem von zufällig auftretenden Infektions-Clustern geprägt. Also von lokalen Ausbrüchen mit oft weit über hundert Infizierten an Orten, an denen Ende Februar Massenveranstaltungen wie Bierfeste in Bayern, Apres-Ski in Ischgl oder ein Fussballspiel in Bergamo stattfanden. Vor allem in den letzten drei Wochen bildeten sich dann Cluster mit Dutzenden Infizierten in Alters- und Pflegeheimen oder Spitälern.

Es gab also bisher weder in der Schweiz noch in Deutschland und auch nicht in anderen Ländern eine flächendeckende Pandemie. Diese könnte sich nun nach Lockerungen der weitgehenden Isolation jedoch zügig etablieren, vermutet nicht nur Drost. Bei der zweiten Welle könnte es dann jeweils an vielen Orten nahezu gleichzeitig zu grösseren Ausbrüchen kommen. Diese Entwicklung kennt man von anderen Pandemien. Auch bei der Spanischen Grippe oder der Hongkong-Influenza von 1969/70 war dies so. Die zweite Welle forderte jeweils deutlich mehr Todesopfer.

Ein Mass für das Weiterlaufen der Pandemie ist die sogenannte Reproduktionszahl R. Ein Wert von 1 bedeutet, dass jede infizierte Person eine weitere ansteckt. Derzeit beträgt R für die Schweiz 0,6 bis 0,8 und für Deutschland ungefähr 0,9. Das klingt eigentlich gut. Doch für viele Virologen und Epidemiologen ist es eine sehr fragile Sicherheit, da die Anzahl an Infektionen schnell wieder ansteigen und so aus einem linearen wieder ein exponentielles Wachstum werden könnte. Zudem halten viele die Datenbasis für dünn, man wisse zu wenig, wie viele Infizierte

es wirklich gab und gibt oder wie lange diese infektiös seien.

Kein Modell kann derzeit präzise vorhersagen, wann genau die zweite Sars-CoV-2-Welle kommen wird und wie heftig sie ausfallen könnte. Denn das hängt von vielen Parametern ab, von der Anzahl an Kontakten, der bereits erreichten Immunität, wie lange diese anhält, ob es wenigstens teilweise wirksame Medikamente gibt und ob ein Land neue Fälle schnell identifizieren und die Person inklusive Kontaktpersonen isolieren kann. Michael Meyer-Hermann vom Helmholtz-Institut für Infektionsforschung in Braunschweig hält die Gefahr einer ausser Kontrolle geratenen zweiten Sars-CoV-2-Welle in Deutschland dann für gebannt, wenn die Menschen die Social-Distancing-Regeln einhalten und es nur noch eine niedrige dreistellige Zahl an täglichen Neuinfektionen gebe. Dann sei die Lage mit Contact-Tracing beherrschbar.

### Nationale Werte sind trügerisch

Experten halten aufgrund der vielen offenen Fragen Angaben wie jene, dass ab einer bestimmten R-Zahl die Welle schon im Sommer starten wird, für grobe Schätzungen. «Der derzeit angegebene R-Wert ist nämlich nur ein Mittelwert über das gesamte Land oder bestenfalls ein Bundesland», erklärt Sebastian

### Corona-Pandemie

Spitäter: Wie das Personal die Rückkehr aus dem Notfallmodus erlebt, Seite 12, 13

Eindämmung: Welche Massnahmen das Virus am stärksten bremsen, Seite 14

Reich, Mathematiker an der Universität Potsdam. Doch derzeit befindet sich Deutschland noch in der Hotspot-Phase. Das bedeutet, dass die R-Zahl in Landkreisen oder auch Städten mit einem Sars-CoV-2-Cluster hoch ist. In anderen Orten oder auch Regionen trat das Virus in den letzten Wochen dagegen nur sehr vereinzelt auf. Dort gibt es demnach momentan eine sehr niedrige Reproduktionszahl, die den Gesamtdruck schön. Eine landesweite R-Zahl als Mass für Lockerungsmassnahmen zu nehmen, hält Reich daher für bedenklich. Sein Team hat ein Regionalmodell entwickelt, das auf stochastischen Verteilungen beruht und auch zuverlässige Aussagen liefert, wenn nur geringe Fallzahlen pro Gebiet bekannt sind. Damit könne man anhand der in einer Region erhobenen Infektionszahlen die lokale Entwicklung abschätzen.

Eine zweite Welle sei jedoch kein unabänderliches Ereignis, betont Reich. «Wir haben es selber in der Hand, ob sie kommt, wann sie kommt und wie gross sie wird.» Sie trete nur dann ein, wenn wir das Social-Distancing aufgeben. Alle Menschen müssten sich daher die nächsten Monate weiterhin sehr streng an Abstands- und Hygieneregeln halten. Zudem sollte man so wenig Menschen wie möglich und möglichst immer dieselben treffen, fordern andere Experten.

Redaktion und Verlag: Neue Zürcher Zeitung, Falkenstrasse 11, Postfach, 8021 Zürich, Telefon: +41 44 25811 11, Leserservice/Abonnements: +41 44 258 1000, www.nzz.ch, Wetter: 22, TV/Radio: 26, Impressum: 22



Pfr. Andrea Maria Bianca – bianca.ch/kirche/corona  
Reformierte Kirchgemeinde Küssnacht – rkk.ch